Deutscher Bundestag **Drucksache 19/8433**
19. Wahlperiode 15.03.2019

Fragen

für die Fragestunde der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 20. März 2019

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über welche existenzsichernden Leistungen können Studierende mit Behinderungen behinderungsbedingt höhere Aufwendungen des Lebensunterhalts decken, und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

2. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu einer Einladung an die Länder, die Deutsche Gebärdensprache im Rahmen eines Wahlfaches in Grundschulen anzubieten?

3. Abgeordnete **Margit Stumpp** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung einen Austausch mit der Kultusministerkonferenz, um gemeinsam darauf hinzuwirken, heil- und sonderpädagogische Fachinhalte in sämtlichen Lehramtsstudiengängen zu verankern, damit nach meiner Ansicht so eine zumindest grundlegende Qualifikation aller angehenden Lehrkräfte für inklusiven Unterricht abgesichert werden kann, und wenn nein, wie möchte die Bundesregierung dem Fachkräftemangel in der inklusiven Beschulung entgegentreten?

4. Abgeordnete **Margit Stumpp** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie fördert die Bundesregierung die Zugänglichkeit von niedrigschwelligen Bildungseinrichtungen, wie z. B. Volkshochschulen, für Menschen mit Behinderungen?

5. Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung eine Ergänzung der Ausbildereignungs-Verordnung (AEVO) im Hinblick auf Wissensvermittlung zu behinderungsspezifischen Bedarfen Auszubildender, wie von den Ländern bei der 95. Arbeits- und Sozialministerkonferenz gewünscht, und wenn nein, warum nicht?

6. Abgeordnete **Daniela Kluckert** (FDP)

Welche Ansätze verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung hinsichtlich autonomer Infrastruktur?

7. Abgeordnete **Daniela Kluckert** (FDP)

Welche Ansätze verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung hinsichtlich des Umgangs mit alternativen Kraftstoffen?

8. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Faktoren für den massiv fortschreitenden Verlust von Biodiversität hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in seiner Forschungsinitiative zum Erhalt der Artenvielfalt (www.fona.de/mediathek/pdf/BMBF-Forschungsinitiative-Artenvielfalt.pdf) identifiziert, und welche Schlussfolgerungen zieht das BMBF aus diesen Faktoren für die Bewertung der Bemühungen der einzelnen Ressorts (insbesondere Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) zur Erreichung der nationalen Biodiversitätsstrategie aus dem Jahr 2007, die fordert, den Verlust an Biodiversität bis zum Jahr 2020 zu stoppen?

9. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Feststellungen der Frankfurter Erklärung, dass in Deutschland höchster Handlungsbedarf bestehe, da trotz vieler Rechtsvorschriften, Programme und Maßnahmen der Trend des Artenverlustes unverändert anhalte bzw. der Biodiversitätsverlust Ausmaße eines nächsten großen Massensterbens angenommen habe (www.senckenberg.de/root/index.php?page_id=19052&preview=true), und welche konkreten politischen Maßnahmen empfiehlt das Bundesministerium für Bildung und Forschung zum Stopp des Artensterbens auf Basis des heute bestehenden Wissensstandes für die Sektoren Landwirtschaft und Verkehr?

10. Abgeordnete **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält es die Bundesregierung auch nach dem jüngsten europapolitischen Appell von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (vgl. DIE WELT vom 5. März 2019) nach wie vor für angemessen, sowohl ihre KI-Strategie als auch die geplante Agentur für Sprunginnovationen national und nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich

oder europäisch auszurichten, und welche konkreten Kooperationsprojekte mit Frankreich befinden sich in diesen beiden Feldern der Künstlichen Intelligenz und der Sprunginnovationen in Planung?

11. Abgeordnete **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern teilt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Ansicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, wonach zum Forschungsstand der Gefährdung des Menschen durch Luftschadstoffe „zahlreiche unterschiedliche, teilweise kontroverse Positionen […] vertreten werden“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 110 auf Bundestagsdrucksache 19/8082), und aufgrund welcher Zweifel hält es das Bundesministerium für Bildung und Forschung für notwendig, die Leopoldina mit einer Ausarbeitung zum o. g. Forschungsstand zu beauftragen, während die Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie (DGEpi), die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie (GMDS), die Deutsche Gesellschaft für Public Health (DGPH) und die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP) in ihrer gemeinsamen Stellungnahme vom 30. Januar 2019 mit Blick auf den aktuellen Forschungsstand zu dem Schluss kommen, „dass Luftschadstoffe aus Verbrennungsmotoren gesundheitsschädigende Auswirkungen haben, auch und sogar unterhalb der derzeit geltenden Grenzwerte“?

12. Abgeordnete **Carina Konrad** (FDP)

Sieht die Bundesregierung eine einseitige Einflussnahme in der naturwissenschaftlichen Bildung, wenn Vereine und Verbände, die durch den Bund gefördert werden, Lehrern und Schülern Lehrmaterialien und Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung im Bereich der Gentechnik zur Verfügung stellen, die laut Bericht der „Süddeutsche Zeitung“ als nicht wissenschaftlich neutral bewertet werden können (www.sueddeutsche.de/wissen/gentechnik-schulen-unterricht-seralini-1.4364273)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

13. Abgeordneter **Ottmar von Holtz** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie werden Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Partnerländern der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit als Akteurinnen und Akteure berücksichtigt und einbezogen?

14. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

Warum ist es der Bundesregierung nicht möglich, auf wiederholte Nachfrage Inhalt und Zielsetzung eines Gutachtens zu nennen, das die Bundesregierung selbst für den Afrikabeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke, in Auftrag gegeben hat (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 60, Plenarprotokoll 19/82, S. 9619 sowie Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 104 auf Bundestagsdrucksache 19/8180), insbesondere eingedenk der Tatsache, dass Günter Nooke selbst das Gutachten kannte, er von der Bundesregierung als Teil derselben angesehen wird (siehe Antwort zu Nachfrage 2 auf meine Mündliche Frage 12, Plenarprotokoll 19/73, S. 8547) und somit Inhalt und Zielsetzung der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Beantwortung der Fragen bekannt waren?

15. Abgeordnete **Eva-Maria Schreiber** (DIE LINKE.)

Warum beauftragte die Bundesregierung zur Erstellung einer „Einschätzung“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 104 auf Bundestagsdrucksache 19/8180) bzw. eines „Beitrags zur innerfachlichen Debatte“ (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 60, Plenarprotokoll 19/82, S. 9619) zu einer die Afrikanistik betreffenden Frage mit Prof. Matthias Theodor Vogt einen fachfremden Wissenschaftler (Theaterwissenschaftler und Kulturhistoriker), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Übergabe des Gutachtens durch Günter Nooke an die Vorsitzende des Fachverbandes Afrikanistik, Raija Kramer, welches von Olaf Zimmermann, dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, als „direkter Einschüchterungsversuch“ gewertet wird (www.taz.de/!5575963/)?

16. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Wann wird die Bundesregierung den fertigen Entwurf ihres Wertschöpfungskettengesetzes vorlegen, und stimmt sich die Bundesregierung bei der Erstellung dieses Gesetzentwurfs mit Verantwortlichen der deutschen Wirtschaft, die dieses Gesetz betreffen wird, bezüglich der praktischen Umsetzbarkeit ab (www.taz.de/!5569037/)?

17. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Plant die Bundesregierung nach den Wahlen und dem Machtwechsel in der Demokratischen Republik Kongo (www.sueddeutsche.de/politik/kongo-tshisekedi-fayulu-kabila-1.4295019) die Wiederaufnahme von Regierungsverhandlungen, und welche Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit wird die Bundesregierung im Rahmen solcher Verhandlungen setzen?

18. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Beispiele kann die Bundesregierung nennen, in denen in Ländern des Globalen Südens durch eine Öffnung der nationalen Agrar- und Lebensmittelmärkte für den Handel mit der Europäischen Union nachweislich die lokale Landwirtschaft derart gestärkt wurde, dass sie produktiver wurde, die Landflucht reduziert und die Ernährungssicherheit der betreffenden Bevölkerung verbessert wurde, und womit begründet die Bundesregierung mit Bezugnahme auf die Antwort auf meine Mündliche Frage 62, Plenarprotokoll 19/82, dass sie keine eigenständige Evaluierung der Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs) der Europäischen Union bzgl. der Entwicklungsdienlichkeit der EPAs anstrebt, wenngleich dies laut Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (S. 160) vorgesehen ist?

19. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des gegen den sudanesischen Machthaber Umar al-Baschir erlassenen Haftbefehls durch den IStGH und der derzeitigen Proteste gegen die autokratische sudanesische Regierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Norbert Barthle, der Sudan sei ein „Stabilitätsanker am Horn von Afrika“ (Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages vom 13. März 2019), und wie gedenkt die Bundesregierung im Rahmen gegebenenfalls angestrebter Entwicklungszusammenarbeit mit dem Sudan den Aufbau demokratischer

Strukturen im Land zu unterstützen, wenn im Rahmen vom europäischen Grenzmanagement-Maßnahmen seit Jahren ein undemokratischer Machthaber gestützt wird (www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kooperation-mit-afrika-gegen-fluechtlinge-fragwuerdige-freunde-a-1096544.html)?

20. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization) insbesondere in der Textilindustrie in Myanmar, und was unternimmt die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen, die in Myanmar ihre Textilien produzieren lassen, die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten bzw. menschenrechtliche Mindeststandards in den Arbeitsbedingungen gewährleisten (vgl. www.focus.de/finanzen/news/schlaege-und-schwangerschaftstests-schuften-im-tropenparadies-wie-brutal-aldi-lidl-und-adidas-in-myanmar-naehen-lassen_id_10418332.html, abgerufen am 14. März 2019)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

21. Abgeordneter **Stephan Brandner** (AfD)

Erkennt die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Einschätzung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu den seit einigen Wochen immer freitags während der Schulzeit stattfindenden Schülerdemonstrationen gegen den nach meiner Auffassung umstrittenen, angeblich menschengemachten Klimawandel („Fridays for future“), die mit Schulschwänzen einhergehen (www.faz.net/aktuell/politik/inland/vor-klima-demo-in-hamburg-karliczek-pocht-auf-schulpflicht-16065462.html), und zu denen sie am 2. März 2019 in einer Videobotschaft äußerte, „dass sie sehr [unterstütze], dass Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz auf die Straße gehen und dafür kämpfen“, und dass sie glaube, „dass das eine sehr gute Initiative ist“, und der in Deutschland flächendeckend geltenden Schulpflicht, von der bekannt ist, dass sie vor allem im Umfeld von Ferien häufig mit staatlicher Gewalt auch durch Polizeieinsatz durchgesetzt wird, und vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass diese Aussage der Bundeskanzlerin die gesellschaftliche

Akzeptanz der Schulpflicht – sowohl ihre allgemeine Anerkennung als auch die durch die Familien durchzusetzende Praxis – unterläuft, weil die Bundeskanzlerin mit ihrer Unterstützung des Schülerengagements im Rahmen des sog. Friday for future ein Engagement für gut befindet, das auf absichtlichem Schulschwänzen beruht (vgl. https://fridaysforfuture.de/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie viele geänderte Kfz-Steuerbescheide hat die Bundeszollverwaltung nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund der geänderten steuerlichen Einstufung von leichten Nutzfahrzeugen als Pkw (statt der bisherigen Einstufung als Lkw) an Besitzer leichter Nutzfahrzeuge versandt, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die steuerlichen Mehreinnahmen dieser Änderung für die Jahre 2017 bis 2021 (bitte pro Jahr einzeln aufschlüsseln)?

23. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie hoch waren die Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes, die in den Jahren 2012 bis 2018 durch Verkäufe von Flug-, Bahn- beziehungsweise Fährtickets generiert wurden (bitte einzeln pro Jahr und Verkehrsträger aufschlüsseln), und plant die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag gesetzgeberische Initiativen vorzulegen, um die steuerliche Ungleichbehandlung der einzelnen Verkehrsträger zu beenden?

24. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen aktualisierten Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bei der Neuregelung der Grundsteuer (bitte aufschlüsseln), und inwiefern plant die Bundesregierung die Reform in Verbindung mit einer Grundgesetzänderung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

25. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Behauptung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, dass es ihm gelungen ist, die Special Olympics 2023 nach Deutschland zu holen (siehe Horst Seehofer: Bilanz seit März 2018, BMI-Homepage vom 13. März 2019), während Special Olympics Deutschland darauf verweist, dass diese Bewerbung ein Gemeinschaftswerk war (https://specialolympics.de/news/national/2018/11/deutschland-ist-gastgeber-der-special-olympics-world-games-2023/), und was hat der Bundesminister Horst Seehofer konkret ganz persönlich für diese erfolgreiche Bewerbung getan?

26. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung eine Umgestaltung des KfW-Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ in der Form, dass eine Förderung, anders als bisher, auch für Neubauten in Anspruch genommen werden kann, und falls nein, wie möchte die Bundesregierung angesichts steigender Immobilienpreise und Wohnraumverknappung besonders in den (Groß-)Städten gewährleisten, dass auch Menschen mit Behinderung ausreichend bedürfnisgerechten Wohnraum vorfinden?

27. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen, Beratungsangebote und Hilfestellungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in den AnkER-Zentren sowie in den Erstaufnahmeeinrichtungen für geflüchtete Menschen mit Behinderungen, um sie über sozialrechtliche Unterstützungsleistungen zu informieren, und falls der Bundesregierung hierzu keine oder unvollständige Erkenntnisse vorliegen, plant sie, einen entsprechenden Forschungsauftrag mit dem Ziel der Stärkung der Rechtspositionen der Betroffenen und deren Durchsetzung zu vergeben?

28. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern werden in den Ankunftszentren und AnkER-Zentren die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderungen beachtet, und sind der Bundesregierung Probleme in diesem Bereich bekannt?

29. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung weiterhin an der Auffassung fest, dass eine bundesweite systematische Erfassung von besonders schutzbedürftigen Personen und ihren spezifischen Bedarfen nicht sinnvoll ist, und wenn ja, warum (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/11603)?

30. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtssache C-550/16, das vor nunmehr fast einem Jahr am 12. April 2018 ergangen ist und zu dem die Bundesregierung im Januar 2019 erklärte, sie bemühe sich „um einen raschen Abschluss der Prüfung“ (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7267, Antwort zu den Fragen 9 und 10, bitte z. B. darlegen, welche Treffen welcher Beteiligten mit welchen Ergebnissen es wann hierzu gegeben hat), und inwieweit hält es die Bundesregierung angesichts der bisherigen Rechtsprechung des für Visumverfahren zuständigen Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, das in bisherigen Entscheidungen klar gemacht hat, dass das genannte Urteil des EuGH mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auch in Deutschland umzusetzen ist (vgl. z. B. Beschluss vom 19. Dezember 2018, OVG 3 S 98.18), für erforderlich, zumindest vorläufige Maßnahmen zu ergreifen, damit es nicht weiterhin zu für die Betroffenen erheblich belastenden Familientrennungen kommt, die sich nach meiner Auffassung vor diesem Hintergrund mit überwiegender Wahrscheinlichkeit als rechtswidrig erweisen könnten (bitte darlegen)?

31. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Welche Rücksprachen bzgl. der Nichtzuordnung des Attentates am Olympia-Einkaufszentrum vom 22. Juli 2016 in München zum Phänomenbereich „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“ hat das Bundeskriminalamt mit den zuständigen bayerischen Ermittlungs- bzw. Sicherheitsbehörden geführt (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/8434, die Kleine Anfrage auf Bun-

destagsdrucksache 19/7379, S. 5, meine Schriftliche Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 18/13696 sowie die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/13607)?

32. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht die nach Pressemeldungen vorhandene Praxis im Bundesamt für Verfassungsschutz, Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz zum Bekenntnis ihrer Kontakte zu Angehörigen von Parteien aufzufordern (vgl. BILD online vom 3. März 2019: Verfassungsschutz sucht AfD-Anhänger in eigenen Reihen, in: www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/interner-brief-verfassungsschutz-sucht-afd-anhaenger-in-eigenen-reihen-60447262.bild.html), und in wie vielen Fällen hat solch eine, wie oben berichtete, Praxis seit dem Jahr 1990 Anwendung gefunden?

33. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche gemeinsamen Dateien gemäß den §§ 22a und 22b des Bundesverfassungsschutzgesetzes hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit ausländischen Nachrichtendiensten, Landesbehörden für Verfassungsschutz, dem (Bundesamt für) Militärischen Abschirmdienst, dem Bundesnachrichtendienst, Polizeibehörden von Bund und Ländern sowie dem Zollkriminalamt seit 2007 errichtet (bitte aufschlüsseln nach Zeiträumen und Beteiligten), und wann wurde jeweils der bzw. die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vor Erlass der entsprechenden Einrichtungen angehört?

34. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Aussage des Präsidiums der Bundespolizei zutreffend, nachdem der US-Anbieter Amazon gegenwärtig der einzige Anbieter sei, der in Deutschland eine entsprechende Cloudlösung zur Speicherung von Bodycam-Aufnahmen zur Verfügung stelle, die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert ist (vgl. „Bundespolizei – Bodycam-Daten landen auf Amazon-Servern“ auf www.tagesschau.de vom 2. März 2019, abrufbar unter www.tagesschau.de/inland/bodycams-polizei-101.html), oder gibt es

nach Kenntnis der Bundesregierung auch andere, eventuell sogar deutsche, Anbieter mit der gleichen BSI-Zertifizierung?

35. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswahlmaßnahmen (z. B. Kriterien, Ermittlungsmethoden und Dienststellen), durch welche die Regierung der Türkei (laut STUTTGARTER ZEITUNG vom 5. März 2019) Türkei-kritische Personen in Deutschland registriert beziehungsweise zu registrieren beabsichtigt, unter anderem, um diese an einer Einreise in die Türkei zu hindern (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_85353610/tuerkei-will-deutsche-urlauber-verhaften-politiker-verurteilen-vorstoss-scharf.html), und was wird die Bundesregierung gegen solches Vorgehen türkischer Behörden hierzulande unternehmen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

36. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit werden die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, die bei humanitären Katastrophen besonders gefährdet bzw. verletzbar sind, in die Planung humanitärer Hilfe einbezogen und berücksichtigt?

37. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD)

Nimmt die Bundesregierung eine einheitliche und erkennbare Stellung zu den vom französischen Staatspräsidenten mittels einer übergreifend medialen Kampagne gemachten EU-Reformvorschlägen ein, und wenn ja, wie positioniert sich die Bundesregierung konkret zu der von Emmanuel Macron vorgeschlagenen gemeinsamen europäischen Grenzpolizeibehörde, Asylbehörde und den anderen Behörden, die nach meiner Auffassung im Grunde einen Behördenzentralismus in der EU und weitere Abnahme von nationaler Souveränität im Sicherheitsbereich abzeichnen?

38. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Ist es richtig, dass, wie von den Eltern von Billy Six auf der von ihnen unterhaltenen Facebook-Seite „Free Billy Six“ am 9. März 2019 um 11:45 Uhr berichtet, der damalige Botschafter in Venezuela Daniel Kriener verboten hat, ein am 9. Januar 2019 von Billy Six gemachtes Foto an die Eltern von Billy Six in Deutschland weiterzuleiten, und trifft es fernerhin zu, dass, wie dieselbe Quelle angibt, der Familie Six in Deutschland einige Stücke Obst, die Billy Six in Venezuela ins Gefängnis gebracht worden sind, in Rechnung gestellt wurden?

39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung weiterhin der Ansicht, dass der von ihr als Präsident Venezuelas anerkannte Präsident der Nationalversammlung, Juan Guaidó, die Anwendung von Gewalt zur Lösung des Konfliktes „strikt ablehnt“ (Plenarprotokoll 19/82, S. 9241), nachdem dieser in Anlehnung an die Drohungen von US-Präsident Donald Trump davon gesprochen hat, dass „alle Optionen auf dem Tisch“ lägen („Guaidó: Debemos tener abiertas todas las opciones para lograr la liberación“, https://elpais.com, 25. Februar 2019), und wiederholt ins Spiel gebracht hat, auf Grundlage des Artikels 187 der Verfassung Venezuelas eine US-Militärintervention in Venezuela zu „autorisieren“ („Guaidó verbreitet Durchhalteparolen und bringt eine Militärmission aus dem Ausland ins Spiel“, www.heise.de, 10. März 2019), und inwieweit sieht die Bundesregierung, deren Unterstützung für Guaidó laut dem Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas „unumstößlich“ ist („Ohne kritische Presse keine freie Demokratie“, www.tagesspiegel.de, 9. März 2019), diese Aussagen im Konflikt mit ihrem proklamierten Ziel, eine friedliche Lösung der Krise in Venezuela zu erreichen?

40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Schlüsse für die Einhaltung demokratischer Standards bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 31. März und am 21. April 2019 zieht die Bundesregierung aus Fällen von Einschränkungen der Pressefreiheit (siehe www.amnesty.de/jahresbericht/2018/ukraine) und Verfolgungen von Journalistinnen und Journalisten sowie zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten seitens der ukrainischen Regierung, Staatsanwaltschaft und anderer offizieller Behörden der Ukraine (Ruslan Kozaba, Anatolij Sharij, Vesti Ukraine, News One und andere), und inwiefern teilt sie diesbezüglich die Einschätzung des

am 12. März 2019 veröffentlichten Berichts „Civic space and fundamental freedoms ahead of the presidential, parliamentary and local elections in Ukraine in 2019 – 2020“ des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, in der Ukraine herrsche im Vorfeld der Wahlen eine „Atmosphäre der Einschüchterung“ (siehe www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/CivicSpaceFundamentalFreedoms2019-2020.pdf – S. 5, P. 16)?

41. Abgeordneter **Christian Sauter** (FDP)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung auf europäischer Ebene in Hinblick auf die Mission EUNAVFOR Med Sophia, und welche Planungen hat sie für die Beteiligung der Bundeswehr?

42. Abgeordnete **Helin Evrim Sommer** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Haftumstände der Menschenrechtsverteidigerin Eren Keskin und des Bürgerrechtlers Osman Kavala in der Türkei (vgl. www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/tuerkei-tuerkei-staatsanwaltschaft-fordert-fuer-osman-kavala-und, www.amnesty.de/informieren/aktuell/aegypten-diese-frauen-bleiben-stark-ihrem-kampf-gegen-staatliche-unterdrueckung, abgerufen am 14. März 2019), und was unternimmt die Bundesregierung auf bilateraler Ebene bzw. auf internationaler Ebene, um die demokratische Zivilgesellschaft in ihrem Engagement für die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu unterstützen?

43. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wie wird sich die Bundesregierung verhalten, wenn im April 2019 im Rahmen der EU die „Überprüfung etwaiger negativer Auswirkungen der Strafmaßnahmen gegen Syrien“ wieder auf der Tagesordnung steht und ein ab Juni 2019 geltender neuer Sanktionszyklus beschlossen werden soll – insbesondere angesichts der Berichte über die Konsequenzen eben dieser auch von der UN-Vollversammlung, UN-ESCWA, dem Welternährungsprogramm oder der Weltgesundheitsorganisation verurteilten und kritisierten Sanktionen für die syrische Zivilbevölkerung und die damit einhergehende katastrophale humanitäre Situation, aufgrund derer UN-Angaben zufolge 11,7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und beispielsweise Gaslieferungen aus Russland an die Bevölkerung nicht verteilt und ihr nicht zugänglich gemacht werden können, da sie dem Sanktionsregime unterliegen (vgl. Report

of the Special Rapporteur on the negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights on his mission to the Syrian Arab Republic (A/HRC/39/54/Add. 2); Resolution A/RES/68/200; www.antikrieg.eu/aktuell/un_study_syria.pdf; www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Akzente_Syrien_web.pdf; www.dw.com/de/kommentar-geberkonferenz-f%C3%BCr-syrien-als-erstes-die-sanktionen-beenden/a-47868059; www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-geber konferenz-den-syrern-helfen-ohne-baschar-al-assad-zu-helfen-a-1257287.html; www.jungewelt.de/artikel/350182.syrien-und-der-westen-hunger-als-waffe.html)?

44. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Vorgehen der US-Regierung bei, in ihrem jährlichen Menschenrechtsbericht die Wortwahl im Hinblick auf die von Israel besetzten Golanhöhen – im Widerspruch zu Festlegungen in UN-Resolutionen als „von Israel besetzte Gebiete“ – geändert zu haben und damit nunmehr „von israelisch kontrollierten Gebieten“ zu sprechen und, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus (vgl. www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrights report/index.htm?year=2018&dlid=289209#wrapper)?

45. Abgeordnete **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat in Reaktion auf die Ergebnisse des am 25. Februar 2019 veröffentlichten Berichts der „unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu den am 30. März 2018 begonnenen Protesten in den besetzten palästinensischen Gebieten“ ergreifen, und in welcher Form wird die Bundesregierung die israelische Regierung auffordern, die von der Untersuchungskommission angeprangerte, bis heute anhaltende Straflosigkeit israelischer Generäle und Politiker für die Tötung von mindestens 189 Bewohnern des Gazastreifens, davon 183 durch scharfe Munition, deren Einsatz laut der Untersuchungskommission in 181 Fällen völkerrechtswidrig war, zu beenden (www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/ColOPT/A_HRC_40_74.pdf)?

46. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Konsequenzen wird die Bundesregierung insbesondere für ihre Sicherheitszusammenarbeit mit Ägypten aus der Hinrichtung von 15 Menschen, von denen mehrere ihre für die Verurteilung grundlegenden Geständnisse zurückgezogen und angegeben haben, diese seien unter Folter erpresst worden (www.nzz.ch/international/aegypten-fuenfzehn-hinrichtungen-in-drei-wochen-ld.1461857), in nur drei Wochen in Ägypten ziehen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der zunehmenden Kontrolle Präsident Abdel Fattah Al-Sisis über die ägyptischen Gerichte, die jüngst vom ägyptischen Parlament in Form von Verfassungsänderungen beschlossen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

In welcher Höhe hat die Bundesregierung im Jahr 2018 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte erteilt (bitte entsprechend den Gruppen der EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten, Drittstaaten und Entwicklungsländer sowohl für Kriegswaffen als auch sonstige Rüstungsgüter auflisten; sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen und bitte jeweils unter Angabe der Zahlen für den Vorjahreszeitraum angeben), und gegen welches der in Artikel 2 des Gemeinsamen Standpunktes 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern festgeschriebenen acht Kriterien verstößt nach Kenntnis der Bundesregierung der Export von Rüstungsgütern (Genehmigung und tatsächliche Ausfuhr) an die im Jemenkrieg beteiligten Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate?

48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit unterstützt die Bundesregierung den Rüstungskonzern Rheinmetall gegenüber der französischen Regierung bezüglich des Vorhabens der Übernahme des 50-Prozent-Anteils des Panzerbauers Krauss-Maffei Wegmann (KMW) an der deutsch-französischen Rüstungsholding KNDS, die zur anderen Hälfte dem französischen

Staatsunternehmen Nexter gehört, vor dem Hintergrund, dass Rheinmetall von der Bundesregierung lt. Presseberichten die Nachricht bekommen haben soll, dass der Rüstungskonzern eine entscheidende Rolle beim deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekt – dem Kampfpanzer der Zukunft „Main Ground Combat System“ – mit einem geschätzten Umsatzvolumen von 100 Mrd. Euro spielen soll (dpa vom 13. März 2019), und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Kriegswaffenkontrollgesetz bei Lieferungen, deren Ausfuhr bereits genehmigt wurde und die dann doch noch gestoppt werden, unabhängig von den Umständen automatisch eine Entschädigungszahlung vorsieht (dpa vom 13. März 2019)?

49. Abgeordnete **Dr. Julia Verlinden** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann wird die Bundesregierung die Klimaschutzmaßnahmen für den Gebäudesektor festlegen, und welche drei Maßnahmen im Gebäudesektor sieht die Bundesregierung als die wirkungsvollsten im Hinblick auf die Reduzierung von Treibhausgasen an?

50. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern war die Absicht des Urananreicherungskonzerns Urenco Limited, bei der US-Tochterfirma Urenco USA Inc. Uran mit einem Anreicherungsgrad von bis zu 19,75 Prozent – sogenanntes high assay low enriched uranium (HALEU) – zu produzieren, Gegenstand von Beratungen und Beschlüssen im Gemeinsamen Ausschuss der Urenco-Troika-Regierungen Deutschlands, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32, Plenarprotokoll 17/218 und https://urenco.com/news/detail/urenco-usa-inc.-announces-next-step-haleu-activities), und inwiefern unterstützt die Bundesregierung diese Absicht (bitte mit Begründung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

51. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der weitere Zeitplan für die Beratungen des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnimmobilien (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 68 der Abgeordneten Canan Bayram, Plenarprotokoll 19/85)?

52. Abgeordneter **Konstantin Kuhle** (FDP)

Wer ist nach Auffassung der Bundesregierung vom Begriff der Rechteinhaber („the rightholders“) in Artikel 13 Absatz 1 des Trilog-Ergebnisses des Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on Copyright in the Digital Single Market (Ratsdok. 6382/19 vom 19. Februar 2019), auf den sich Artikel 13 Absatz 4b bezieht, umfasst, und wie könnten entsprechende Verfahren aussehen, um mit allen vom Begriff erfassten juristischen bzw. natürlichen Personen in Verhandlungen zu treten, um die nach Artikel 13 Absatz 1 des Kompromisstextes erforderlichen Lizenzvereinbarungen zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

53. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum Zusammenhang und zur Wechselwirkung zwischen Behinderung und Armut vor, und plant sie, Forschung zu diesem Themenbereich in Auftrag zu geben?

54. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche „passgenauen Unterstützungsangebote“ hat die Bundesregierung entwickelt, um der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen entgegenzuwirken (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 94, Zeilen 4346 bis 4348), und wie reagiert die Bundesregierung darauf, dass ca. 60 Prozent aller Firmen, die Menschen mit Behinderungen be-

schäftigen müssten, dieser gesellschaftlichen Verantwortung nicht oder nur teilweise nachkommen, während größere Firmen mindestens 4 Prozent der erforderlichen Quote von 5 Prozent Beschäftigten mit Behinderung erreichen, gelingt dies nur 2 Prozent der kleineren und mittleren Unternehmen, rund 37 000 Unternehmen haben gar keine Beschäftigten mit Behinderungen (www.morgenpost.de/wirtschaft/article212714337/Firmen-stellen-mehr-Behinderte-ein.html)?

55. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe hat die Bundesregierung Blindenbibliotheken und andere befugte Stellen im Sinne der Marrakesch-Richtlinie über einen verbesserten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken zugunsten von Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung durch die angekündigte einmalige Finanzierungshilfe (siehe Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz auf Bundestagsdrucksache 19/5114) unterstützt, und welche Initiativen zur Förderung der Blindenbibliotheken seitens der Länder sind ihr bekannt?

56. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten haben Eltern mit Behinderungen, bei der Wahrnehmung ihrer Elternrolle Unterstützung zu erhalten (sog. Elternassistenz), und sind der Bundesregierung (gerichtliche) Auseinandersetzungen um entsprechende Leistungen bekannt?

57. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern werden nach Kenntnis der Bundesregierung hörende Eltern und Geschwister gehörloser Kinder beim Erlernen barrierefreier Kommunikation von Anfang an gefördert, z. B. in Form von Gebärdensprachförderung für die Kinder und Gebärdensprachkursen für die Eltern und ggf. Geschwister, und sind der Bundesregierung Probleme bei der Gewährung entsprechender Leistungen bekannt?

58. Abgeordnete **Claudia Roth (Augsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung gewährleisten, dass Menschen mit Behinderung sämtliche Freizeitangebote (Gastronomie, Kino und Theater, Sportangebote, Veranstaltungen aller Art, Vergnügungsparks etc.) spontan besuchen und daran vollständig teilhaben können, so wie es nicht behinderten Menschen möglich ist?

59. Abgeordnete **Claudia Roth (Augsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Unterstützungsleistungen sind für Menschen mit Behinderungen verfügbar, damit sich diese zu Übungsleiterinnen und -leitern ausbilden lassen und damit eine Führungsposition im Ehrenamt übernehmen können, z. B. in einem Musikverein, und welche weiteren Maßnahmen sind hier geplant?

60. Abgeordnete **Dr. Kirsten Kappert-Gonther** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass Assistenzhunde jenseits des bekannten klassischen Einsatzfeldes in der Begleitung blinder Menschen auch z. B. Menschen mit Diabetes vor Unterzuckerung warnen, Betroffene einer Posttraumatischen Belastungsstörung bei Panikattacken an einen ruhigen Ort führen oder das Leben von Menschen mit Autismus erleichtern können, insgesamt also die Lebensqualität behinderter oder chronisch kranker Menschen deutlich verbessern können, zu Förderprogrammen zur entsprechenden Ausbildung solch spezialisierter Hunde und zu deren Aufnahme in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung auch bei weiteren Behinderungen und chronischen Erkrankungen?

61. Abgeordnete **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu folgender Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von behinderten und nichtbehinderten Menschen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“?

62. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung das Amt der bzw. des Beauftragten für die Belange behinderter Menschen so stärken, dass sie damit ihrem verfassungsgemäßen Auftrag nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG nachkommt, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung vollständig zu beseitigen?

63. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Handlungsempfehlungen der Studie „Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund in politischen Prozessen auf der Bundesebene“ (www.gemeinsam-einfach-machen.de/GEM/DE/AS/Leuchttuerme/Projekte/2017/MmB_und_Migrationshintergrund/MmB_und_Migrationshintergrund_node.html), und welche Schritte unternimmt sie, um die Perspektive von Geflüchteten mit Behinderungen zu berücksichtigen?

64. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was plant die Bundesregierung, um zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen dabei zu unterstützen, mögliche Mehrausgaben, die diesen durch das Engagement behinderter Menschen entstehen, zu tragen, und wie fördert sie politisches Engagement von Menschen mit Behinderungen im Allgemeinen?

65. Abgeordnete
Beate Müller-Gemmeke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, dass faktisch die für den jeweiligen Wohnort zuständige Werkstätte für behinderte Menschen (WfbM) nach Maßgabe der von ihr angebotenen Tätigkeitsfelder darüber entscheidet, ob ein Mensch mit Behinderung ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen kann (www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/RehaRecht/Diskussionsforen/Forum_A/2018/A3-2018_WfbM.pdf), und was plant sie, um im Fall eines Ausschlusses die damit verbundene nach meiner Auffassung sozialrechtliche Schlechterstellung des ausgeschlossenen Personenkreises zu beseitigen?

66. Abgeordneter
Sven Lehmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund hält es die Bundesregierung weiterhin für sinnvoll, Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von Leistungen zur Teilhabe auszuschließen (§ 23 SGB XII, zukünftig § 100 SGB IX), und welche negativen Folgen dieses Ausschlusses sind der Bundesregierung bekannt?

67. Abgeordneter
Sven Lehmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes die Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln sowie den Zugang zu Teilhabeleistungen von asylsuchenden und geduldeten Personen erleichtern und verbessern würde, und wenn nein, warum nicht?

68. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit der Bestand an Teilnehmenden im arbeitsmarktpolitischen Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ bundesweit und nach Bundesländern dar?

69. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die Struktur der Arbeitgeber des arbeitsmarktpolitischen Instrumentes „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ dar, unterschieden nach privat, öffentlich, gemeinnützig, und in wie vielen Fällen liegt nach Kenntnis der Bundesregierung der Zuschuss zum Arbeitsentgelt in der Höhe des Mindestlohns, und in wie vielen Fällen aufgrund eines Tarifvertrags oder kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen darüber?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

70. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)

Welche Maßnahmen (personell und strukturell) hat die Bundesregierung seit der Ankündigung der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen, die Invictus Games nach Deutschland holen zu wollen (www.bild.de/politik/inland/politik-inland/invictus-games-von-der-leyen-will-wettkampf-nach-deutschland-holen-58005978.

bild.html), unternommen, um dieser Ankündigung Taten folgen zu lassen, und welche Auswahlkriterien müssen durch die potenziellen Austragungsorte erfüllt sein, um 2022 oder 2024 in Betracht zu kommen, die Invictus Games zu hosten?

71. Abgeordneter **Christian Sauter** (FDP)

Welche Zahlungen werden nach dem Zahlungsstopp für die Sanierungsarbeiten am Segelschulschiff Gorch Fock an die Elsflether Werft AG geleistet, und wie wird die Leistungserbringung der Werft geprüft?

72. Abgeordneter **Stefan Schmidt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Ausnahmen gab es in den letzten zehn Jahren von Artikel 4 der Verwaltungsvereinbarung zwischen Deutschland und der 7. Armee der U.S. ARMY über die Benutzung von Truppenübungsplätzen für den Truppenübungsplatz Grafenwöhr (vgl. Bundestagsdrucksache 12/6477, Artikel 4), und wie wurden diese Ausnahmen jeweils begründet (bitte einzeln aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

73. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Hans-Joachim Fuchtel am 13. März 2019 im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, in der er sinngemäß sagte, die Auflage des Umweltbundesamts (UBA), Landwirte sollen 10 Prozent ihrer Flächen nicht mit Pestiziden behandeln, bedeute, sie dürften diese Flächen nicht bewirtschaften, und hält die Bundesregierung also eine landwirtschaftliche Nutzung von Flächen ohne Pestizideinsatz für ausgeschlossen?

74. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung, den Streit zwischen dem Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) um die Rechtmäßigkeit der Zulassung von 18 Pestiziden am 28. Februar 2019 durch das BVL zu klären, indem einerseits

das UBA dem BVL ein rechtswidriges Vorgehen vorwirft (vgl. www.taz.de/Archiv-Suche/!5580652&s=Glyphosat/) und andererseits das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft dem UBA wegen der von ihm verlangten Zulassungsauflagen am 13. März 2019 im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ebenfalls ein rechtswidriges Vorgehen vorgeworfen hat?

75. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gespräche (bitte mit Datum angeben) wurden von der Bundesregierung mit Verbänden und anderen Teilnehmern hinsichtlich der Vorbereitung der Mitteilungen der Bundesregierung an die Europäische Kommission zur Novellierung der Düngeverordnung seit Juli 2018 geführt, und welche Personen waren dabei anwesend (bitte namentlich angeben)?

76. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Mitteilungen wurden von der Bundesregierung bezüglich der Novellierung der Düngeverordnung an die Europäische Kommission gesandt (bitte mit Datum der Versendung angeben), und was waren die jeweiligen Inhalte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

77. Abgeordnete **Dr. Manuela Rottmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zur Ernennung einer Ombudsperson für Kinderrechte nach skandinavischem Vorbild, zu deren Handlungsauftrag auch der Einsatz für behinderte Kinder und Jugendliche und deren Interessenvertretung im Bedarfsfall auch gegenüber den eigenen Eltern gehören würde?

78. Abgeordnete **Dr. Kirsten Kappert-Gonther** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung die Förderung interaktiver Theaterprojekte wie „Mein Körper gehört mir“ (www.dksb-essen.de/kinderschutzarbeit/beratung-schutz/mein-koerper-gehoert-mir/), die sich als Präventionsinstrumente anbieten, um Kinder frühzeitig für ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung zu sensibilisieren, auch für

Kinder mit Behinderung, unter Anpassung an deren Bedürfnisse z. B. durch Versionen in Gebärdensprache (wie in der Theaterversion „Lena und Marc“) bzw. Leichter Sprache oder die Förderung ähnlicher Projekte, und wenn nein, wie möchte die Bundesregierung Kinder mit Behinderung, die besonders gefährdet sind, umfassend präventiv vor (sexueller) Gewalt schützen?

79. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, für das Projekt „Frauenbeauftragte in Einrichtungen“ eine rechtliche Grundlage zu schaffen und dauerhafte Finanzierung zu gewährleisten, und mit welchen Konzepten möchte die Bundesregierung behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen für ihre Rechte sensibilisieren und stärken, angesichts der Tatsache, dass die Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland“ (www.bmfsfj.de/blob/94206/1d3b0c4c545bfb04e28c1378141db65a/lebenssituation-und-belastungen-von-frauen-mit-behinderungen-langfassung-ergebnisse-der-quantitativen-befragung-data.pdf) sehr eindrücklich gezeigt hat, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen in noch größerem Ausmaß von Gewalt betroffen sind als nichtbehinderte Mädchen und Frauen?

80. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Inwieweit ist es zutreffend, dass in Bezug auf ehemalige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Ausbildung, die angegeben haben, zumindest sporadisch telefonischen Kontakt zu ihren Eltern zu haben, negative Kindergeldbescheide erstellt werden mit der Begründung, die Anspruchsvoraussetzungen nach § 1 Absatz 2 Nummer 2 des Bundeskindergeldgesetzes lägen nicht vor, weil die Betroffenen „Kontakt zu ihren Eltern/Vater/Mutter“ hätten (bitte in Auseinandersetzung mit der Rechtslage und der behördlichen Weisungslage darlegen), und inwieweit hält die Bundesregierung eine solche Praxis, die mir berichtet wurde, für gerechtfertigt oder für änderungsbedürftig vor dem Hintergrund, dass die betroffenen Jugendlichen aufgrund einer meist geringen Ausbildungsvergütung ohne Kindergeld ihren Lebensunterhalt oftmals nicht decken können, zumal sie im Regelfall keine reale Aussicht auf eine materielle Unterstützung durch ihre im Ausland

lebenden Eltern haben, selbst wenn sie im sporadischen telefonischen Kontakt zu ihnen stehen, wie mir ebenfalls berichtet wurde (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

81. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Behinderungen abgesichert, insbesondere für hörbeeinträchtigte Personen oder Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen?

82. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, Menschen mit Behinderungen von den Zuzahlungen für Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, die sich aus der Behinderung ergeben, zu befreien, und wenn nein, warum nicht?

83. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Menschen bezogen zum jüngsten Stichtag, zu dem der Bundesregierung entsprechende Daten vorliegen, pauschale Leistungen nach § 43a SGB XI, und wie viel hätten die Träger der Eingliederungshilfe im fraglichen Jahr weniger ausgegeben, hätten diese Menschen stattdessen Leistungen nach § 36 bzw. § 43 SGB XI erhalten?

84. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, auch Leistungen der Pflegeversicherung und der Hilfe zur Pflege personenzentriert zu gestalten, und plant sie entsprechende Schritte?

85. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Altenpflege, mit einem Frauenanteil von mehr als 80 Prozent, zu verbessern, insbesondere vor dem Hintergrund, dass mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz (www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*[@attr_

id=%27bgbl118s2394.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl118s2394.pdf%27%5D_1552645406292) 13 000 zusätzliche Arbeitsstellen in Altenpflegeeinrichtungen (www.bundesgesundheitsministerium.de/sofortprogramm-pflege.html) versprochen wurden?

86. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Lohnentwicklung und -höhe der Pflegeberufe mit einem traditionell hohen Frauenanteil an Sparten, deren Ausbildung vergleichbar komplex ist aber einen ähnlich hohen Männeranteil aufweist, anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

87. Abgeordneter **Konstantin Kuhle** (FDP)

Hält die Bundesregierung die Einrichtung von abschnittsweisen Geschwindigkeitsüberwachungen („Section Control“) auf Bundesfernstraßen, wie sie beispielsweise in Niedersachsen auf dem Abschnitt der Bundestraße 6 zwischen Laatzen und Sarstedt durchgeführt wird, mit Blick auf die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Februar 2019 (1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10) für mit der derzeitigen Rechtslage vereinbar?

88. Abgeordneter **Stefan Gelbhaar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Rückmeldung oder Hinweise erhielt die Bundesregierung auf den Vorschlag zur Ausnahmeverordnung für die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr für Fahrzeuge bis 12 km/h auf Gehwegen von Behindertenverbänden, insbesondere Blinden- und Sehbehindertenverbänden bzw. dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, und inwiefern bezog die Bundesregierung diese in ihren Entwurf mit ein?

89. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Mindestquote für Inklusionstaxis plant die Bundesregierung im Rahmen der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes einzuführen, und plant die Bundesregierung, diese ebenfalls für Ride-Sharing-Anbieter, die mit Minibussen agieren, verpflichtend einzuführen?

90. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen genauso spontan und ohne auf fremde Hilfe angewiesen zu sein eine Reise antreten können wie Menschen ohne Behinderungen, z. B. durch den verpflichtenden Einbau automatischer Rampen oder verbesserter Informations- und Leitsysteme, und welche Investitionen sind im Jahr 2018 im Rahmen der zweiten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für die verbesserte Barrierefreiheit im Schienenverkehr aufgewendet worden?

91. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die nach § 32 Absatz 1 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) zulässige maximale Fahrzeugbreite von 2,50 Metern beispielsweise angesichts der mit breiteren Fahrzeugen verbundenen erhöhten Unfallrisiken (siehe reduzierte Breiten der Fahrspuren in Autobahnbaustellen) ändern, bzw. unterstützt die Bundesregierung eine solche Änderung, und wie viele der im Jahr 2009 sowie der im vergangenen Jahr 2018 neu zugelassenen Autos wiesen nach Kenntnis der Bundesregierung eine Breite von mindestens 2,10 Metern inklusive beider Außenspiegel auf (bitte jeweils absolute und relative Werte angeben; falls Werte mit Außenspiegel nicht vorliegen, bitte jeweils die Fahrzeuge mit einer Breite von 1,90 Metern angeben)?

92. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Konzessionsnehmer von ÖPP-Verträgen hat die Bundesregierung in Bezug auf die Veröffentlichung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und der Konzessionsverträge bereits angefragt, und wie viele der Konzessionsnehmer von ÖPP-Verträgen haben einer Veröffentlichung zugestimmt (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur 19. Legislaturperiode, Zeilen 3383 bis 3387, S. 74)?

93. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Umfang hatte die Anschubfinanzierung des Bundes (absolut in Mio. Euro und in Prozent vom Investitions- und Projektvolumen) der seit 2005 durchgeführten ÖPP-Projekte jeweils (bitte tabellarisch auflisten und jeweils auch das Projektvolumen in Mio. Euro benennen)?

94. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer von der Deutschen Presse-Agentur richtig zitiert, dass zum Erreichen der Klimaschutzziele 10 Mio. Elektro-Pkw bis 2030 sowie 500 000 Elektro-Nutzfahrzeuge und 300 000 Ladepunkte nötig seien (www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-klimaschutz-im-verkehr-scheuer-sieht-gewaltige-herausforderung/24092850.html?ticket=ST-2219258-0esmigw7wXnEUjZFdeWF-ap4), und plant die Bundesregierung, die im Sommer auslaufende Umweltprämie für Elektroautos zu verlängern?

95. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegt mittlerweile das vollständige Gutachten des Deutschen Wetterdienstes zur Überprüfung der NO_2-Messstellen im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vor, und falls ja, seit wann (www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Erste-Schadenstoff-Messstellen-beanstandet)?

96. Abgeordnete **Canan Bayram** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie reagiert die Bundesregierung auf den mahnenden Brief der EU-Kommission (unterschrieben von den Verkehrs-, Umwelt- und Binnenmarkt-Kommissaren; vgl. SZ vom 13. März 2019, www.sueddeutsche.de/politik/grenzwerte-feinstaub-scheuer-1.4365362) an den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer, er möge – entgegen seinen geäußerten Zweifeln – die wissenschaftlich fundierten Feststellungen über die Gefahren durch Stickstoffdioxid und Feinstaub für Luftqualität und Gesundheit anerkennen, sowie seine Rechtsverpflichtung, die auch von Deutschland mitbeschlossenen, von der WHO empfohlenen EU-Grenzwerte von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel praktisch umzusetzen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Hinweis der EU-Kommission auf die Forschungs- und Rechtslage insbesondere hinsichtlich des Vorhabens der Bundesregierung, gesetzlich den

deutschen Grenzwert für Fahrverbote unter diese von WHO und EU vorgegebene Grenze abzusenken?

97. Abgeordnete **Marja-Liisa Völlers** (SPD)

Inwieweit gibt es von Seiten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur Überlegungen, im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnstrecke Hannover–Bielefeld, die von dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Enak Ferlemann am 8. März 2019 öffentlich neu benannte Bahntrassen-Variante entlang des Mittellandkanals zu überprüfen (www.sn-online.de/Schaumburg/Landkreis/Aus-dem-Landkreis/ICE-Bahntrasse-am-Mittellandkanal)?

98. Abgeordnete **Marja-Liisa Völlers** (SPD)

Liegen dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnstrecke Hannover–Bielefeld neu benannte Bahntrassen-Variante entlang des Mittellandkanals genauere Informationen zur Trassenführung bzw. zum Planungskorridor vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

99. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sind die wesentlichen Erkenntnisse, schriftlichen Vorgänge etc., die bislang in dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) angestoßenen Beratungs- und Analyseprozess zu Brandschutzklappen in deutschen Atomkraftwerken entstanden sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 19/51, Anlage 2), und welche Konsequenzen bzw. weiteren Schritte fasst das BMU in dieser Angelegenheit ins Auge (bitte vollständig angeben)?

100. Abgeordneter **Dr. Rainer Kraft** (AfD)

Teilt die Bundesregierung die Meinung des EU-Energiekommissars Günther Oettinger (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/atommuell-europaeische-endlager-11068328.html), die Entsorgung von

Atommüll müsse durch die EU geregelt werden, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass eines dieser europäischen Endlager in Deutschland errichtet wird?

101. Abgeordnete **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann plant die Bundesregierung, eine eigene Positionierung zum Entwurf der EU-Kommission für eine langfristige EU-Klimastrategie vorzulegen vor dem Hintergrund, dass die Strategie bereits in verschiedenen Ratsformationen diskutiert wird und Deutschland eines der wenigen Länder ist, das noch keine Position bezogen hat (www.finanzen.net/nachricht/aktien/dnr-begruesst-beschluss-des-eu-parlaments-fuer-treibhausgasneutrale-eu-bis-2050-niebert-quot-die-bundesregierung-muss-ihren-klimastreik-des-nichtstuns-beenden-quot-7256085)?

102. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil von Klärschlamm und Giftmüll (bitte einzeln aufschlüsseln) in den vergangenen zehn Jahren bei der Mitverbrennung in Kohlekraftwerken entwickelt?

103. Abgeordnete **Annalena Baerbock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil von Klärschlamm und Giftmüll in den Kohlekraftwerken in den einzelnen Bundesländern im Jahr 2018 gewesen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333